

Identifikation mit Europa. Einige begriffliche Vorklärungen¹

Jürgen Gerhards

erscheint in: Allmendinger, Jutta (Hg.), 2003: Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig. 2 Bände + CD-ROM. Opladen: Leske + Budrich

1. Identifikation mit Europa versus europäische Identität

Kollektive Identität ist ein unhandlicher, für Sozialwissenschaftler wahrscheinlich unbrauchbarer Begriff (vgl. Niethammer 2000). Zu diesem Ergebnis wird man kommen, wenn man sich an der etymologischen Bedeutung des Begriffs orientiert. Zwei Dinge oder Personen sind identisch, wenn sie gleich sind. Nun mag man vielleicht noch im Hinblick auf eine personale Identität argumentieren können, dass Personen sich selbst als gleich interpretieren und insofern eine Identität besitzen können. Dagegen hat die soziologische Identitätsforschung aber bereits einige schwerlich ausräumbare Zweifel formuliert (zusammenfassend Kohli 2002): Personen haben, gerade wenn sie in verschiedenen Kontexten agieren und unterschiedliche soziale Positionen einnehmen und Rollen spielen, verschiedene soziale Identitäten. Die Unmöglichkeit von Identitätsbildung gilt aber sicherlich für kollektive Identitäten: Kann man sich vorstellen, dass Personen mit kollektiven Gebilden wie Gruppen, Organisationen, Nationen oder der Europäischen Union gleich werden können?

Insofern scheint es ratsam zu sein, auf den Begriff der kollektiven Identität zu verzichten und ihn durch den der Identifikation zu ersetzen. Der Begriff Identifikation enthält drei Bestimmungselemente (vgl. Gerhards 2000): Ein Subjekt, das sich mit Etwas in der Welt identifiziert (a), ein Objekt der Identifikation (b) und eine spezifische Relation zwischen einem Subjekt und dem Objekt (c). Alle drei Dimensionen seien bezüglich einer Identifikation mit Europa kurz genauer spezifiziert.

a. Subjekte von Identifikationsprozessen können unterschiedliche Gruppen von Individuen sein. Im Kontext der Diskussion über eine Identifikation mit Europa wird

¹ Die beiden Plenarveranstaltungen „Konfliktlinien einer sich formierenden gesamteuropäischen Gesellschaft“ und „Chancen und Schwierigkeiten einer europäischen Identitätsbildung angesichts von vertiefter Integration und Osterweiterung“ auf dem Leipziger Soziologiekongress wurden zusammen mit Maurizio Bach vorbereitet und organisiert. Im Hinblick auf die Formulierung der Einleitung haben wir uns für ein arbeitsteiliges Vorgehen entschieden. Maurizio Bach hat die Einleitung des ersten, ich die des zweiten Plenums übernommen.

in der Literatur meist und mit gutem Grund vor allem auf die Bürger der Mitgliedsländer der Europäischen Union Bezug genommen. Diese bilden die Subjekte von Identifikationsprozessen.

b. Die Bürger können sich grundsätzlich mit unterschiedlichen Objektbereichen identifizieren. Europa ist zuerst einmal eine räumliche, *territoriale* Kategorie. Territoriale Identifikationsobjekte wiederum kann man nach ihrer räumlichen Ausdehnung unterscheiden. Die Skala der Ausdehnung territorialer Identifikationsobjekte reicht von "lokal" bis hin zu "global". Die Definition einer territorialen Grenze lässt aber noch offen, wodurch das Gebiet *innerhalb* der Grenzen substantiell gekennzeichnet ist. Die inhaltliche Ausformung eines territorialen Gebietes kann wiederum unterschiedlich, unter anderem aber auch durch soziale Merkmale bestimmt sein, wie durch Familiensippen oder Stämme, die innerhalb des Territoriums siedeln, oder durch einen Herrschaftsverband, wie den Staat. Das Identifikationsobjekt Europa ist inhaltlich definiert durch den politischen Herrschaftsverband der Europäischen Union. Im Prozess der Zunahme der Integration Europas ist die europäische Union zu einem staatsähnlichen politischen Regime geworden. Dieses bildet das institutionelle Bezugsobjekt für mögliche Identifikationsprozesse der Bürger (vgl. Lepsius 1999). Zugleich ist damit auch die räumliche Grenze des Bezugsobjekts definiert. Die Grenzen des Identifikationsobjekts Europa sind definiert durch die Grenzen des Herrschaftsgebiets der EU. Räumliche Identifikationsobjekte wie Europa haben insofern einen doppelten Charakter, als sie nach außen durch territoriale Grenzen, nach innen durch inhaltliche Merkmale, die mit dem Territorium verbunden werden, definiert sind. Die territoriale Begrenzung manifestiert sich in den sozialen Grenzen der Ausdehnung des Herrschaftsverbandes der EU. Als Bezugsobjekt für Identifikationsprozesse der Bürger kann die EU nur dann fungieren, wenn es ein konturiertes Angebot in Form einer Selbstbeschreibung der EU gibt, an das sich die Einstellungen der Bürger auch binden können.

c. Identifikation bezeichnet ein spezifisches Verhältnis zwischen den Subjekten und dem Identifikationsobjekt. Bei der Bestimmung des spezifischen Verhältnisses zwischen Subjekt und Objekt ist es sinnvoll, zwischen zwei Dimensionen zu unterscheiden (vgl. Fuchs, Gerhards, Roller 1993). Identifikation hat zum einen eine *kognitive Dimension* und bezeichnet dann die Wahrnehmung eines Einstellungsobjektes als ein spezifisches Einstellungsobjekt; Identifikation hat zum

zweiten eine *affektiv-evaluative Dimension* und bezeichnet dann ein starkes Zugehörigkeitsgefühl mit einem wahrgenommenen Identifikationsobjekt. Identifikation mit Europa bedeutet also nicht, sich mit Europa gleichzusetzen; der Begriff lässt im Unterschied zu dem Identitätsbegriff zudem unterschiedliche Grade der Identifikation zu und erklärt es zu einer empirischen Frage, wie stark sich die Bürger mit Europa identifizieren. Die nominalistische Klärung der drei Dimensionen des Begriffs Identifikation kann man folgendermaßen (mit Bezugnahme auf eine Identifikation mit Europa) zusammenfassen: Unter Identifikation mit Europa verstehen wir die Wahrnehmung eines territorial begrenzten Raumes als Identifikationsobjekt, der inhaltlich durch den Herrschaftsverband der EU bestimmt ist, und die Äußerung eines Gefühls der Zugehörigkeit zu diesem Raum durch die Bürger der Mitgliedsländer der EU. Auf der Basis dieses Vorverständnisses lassen sich Forschungsfragen und Forschungsergebnisse systematisieren.

2. Identifikationsbedarf der EU

Die entwickelte Definition von Identifikation mag aus sozialpsychologischer Perspektive ausreichend sein, sie ist aus soziologischer Perspektive aber noch nicht zufriedenstellend. Der Gegenstandsbereich der Soziologie sind bekanntlich soziale Handlungen und nicht Gefühle der Zugehörigkeit. Identifikationsprozesse sind aus soziologischer Perspektive entsprechend vor allem in ihrer Relevanz für die Handlungen von Menschen von Bedeutung. Von der Klasse aller möglichen Handlungen werden vor allem die Handlungen, die mit Kosten für den Handelnden verbunden sind, mit Identifikationsprozessen in eine ursächliche Verbindung gebracht, so auch Sylke Nissen in ihrem Beitrag in diesem Band. Eltern, die sich mit ihren Kindern identifizieren, sind bereit, hohe „Kosten“ in Kauf zu nehmen. Eine starke Identifikation mit der Nation hat im Laufe des 20. Jahrhunderts in Westeuropa die Durchführung von zwei Weltkriegen ermöglicht; die Bürger der jeweiligen Nationalstaaten waren bereit, auf Grund einer hohen Identifikation mit der Nation hohe individuelle Kosten in Kauf zu nehmen, ja zum Teil ihr Leben für die Erreichung der Ziele der Nation einzusetzen. Auch in befriedeten Kontexten lässt sich ein Zusammenhang zwischen Identifikationsprozessen einerseits und der Bereitschaft zu Handlungen, die mit individuellen Kosten verbunden sind, nachzeichnen.

Wohlfahrtsstaaten sind u. a. dadurch gekennzeichnet, dass sie Reichtum umverteilen. Diese staatlich organisierten Maßnahmen der Solidarität setzen voraus, dass die Bürger dies akzeptieren; dies ist vor allem dann der Fall, wenn sich die Bürger mit der Gemeinschaft identifizieren. Allerdings ist dieser theoretische Zusammenhang empirisch bis dato nicht hinreichend überprüft worden. Karl-Dieter Opp kann in seinem Beitrag in diesem Band zeigen, dass die Wirkungen einer europäischen Identifikation auf die von ihm analysierten Einstellungen und Handlungen sehr gering sind. Allerdings enthalten die von ihm analysierten Daten auch keine gute Messung von Solidaritätshandlungen. Entsprechend schlussfolgert Opp: „Ob eine europäische Identifikation andere Wirkungen hat, muss die weitere empirische Forschung zeigen“.

Gehen wir einmal davon aus, dass eine starke Identifikation der Bürger mit einem Identifikationsobjekt die Bereitschaft erhöht, Kosten zu übernehmen, dann fragt sich, ob und in welchem Maße die EU eine Identifikation der Bürger überhaupt benötigt. Denn bis jetzt ist sie ganz gut ohne eine starke Identifikation ausgekommen. Und M. Rainer Lepsius begründet in seinem Beitrag in diesem Band, warum dies „nicht verwunderlich und auch nicht besorgniserregend“ ist. „Die Zustimmung zu Europa ruht auf dem Glauben, dass die wirtschaftliche Integration in einen großen Markt die Produktivität erhöhe und das nationale Volkseinkommen steigern“. Diese These wird durch die Ergebnisse der Umfrageforschung unterstützt (vgl. Fuchs 2003, Tabelle 3). Zwei Entwicklungen der EU werden in der Literatur aber diskutiert, die den Bedarf nach Identifikation erhöhen könnten.

a. Auf der Agenda der europäischen Entwicklung steht neben einer Erweiterung eine Vertiefung des Integrationsprozesses. Darunter wird nun einerseits die Straffung der Entscheidungsprozeduren (nicht jedes Mitgliedsland stellt mindestens einen Kommissar; Ausdehnung der Entscheidungen in den Gremien, die mehrheitlich bzw. mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden können etc.) und andererseits eine stärkere Demokratisierung der EU verstanden. Beide Dimensionen einer Vertiefung führen dazu, dass die Nationalstaaten an Souveränität einbüßen werden, insofern ihre Repräsentanten bzw. ihre Völker überstimmt werden können. Und in beiden Fällen wird von den Minderheiten erwartet, dass sie Mehrheitsentscheidungen hinnehmen und akzeptieren, wie Georg Vobruba in seinem Beitrag in diesem Band ausgeführt hat. Genau dies ist der Punkt, an dem Identifikationsbedingungen relevant werden. Die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen durch Minderheiten wird

erleichtert und wahrscheinlicher, wenn sich die Minderheiten mit der EU identifizieren. Insofern kann man erwarten, dass der Identifikationsbedarf der EU steigt, wenn die EU den Weg einer Vertiefung beschreitet (Kielmannsegg 1996).

b. Ein ähnlicher Zusammenhang gilt für das Ausmaß der Umverteilung von Ressourcen und die Durchsetzung eines europäischen Sozialstaates. Die Bereitschaft, Leistungen für andere zu finanzieren, kann nicht einfach vorausgesetzt werden, sondern setzt ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Identifikation voraus (Scharpf 1996; Vobruba 2001). Insofern kann man erwarten, so Sylke Nissen in ihrem Beitrag in diesem Band, dass der Bedarf nach Identifikation mit der EU steigt, je höher die Transferzahlungen von reichen Ländern in ärmere Länder ausfallen.

Ob und in welchem Maße die beiden Randbedingungen (Vertiefung einerseits und Zunahme von Ressourcentransfers andererseits) in der Zukunft erfüllt sein werden, ist empirisch offen. Die beschlossene Erweiterung der EU spricht aber deutlich für die Annahme, dass „der Druck auf eine Ausweitung verteilungspolitischer Maßnahmen wachsen wird“ (Lepsius in diesem Band); die Überlegungen im Konvent, der sich mit Fragen der Vertiefung beschäftigt, lassen vermuten, dass es zu einer Ausdehnung von Mehrheitsverfahren kommen wird. Bei Erfüllung dieser Randbedingungen wird auch der Bedarf nach einer Identifikation der Bürger mit der EU steigen. Ob dieser Bedarf hinreichend befriedigt werden kann, hängt von einer Vielzahl von Bedingungen ab. Die Ausgangskonstellation ist, wie die von Sylke Nissen in ihrem Beitrag zitierten Eurobarometerdaten zeigen, nicht sonderlich günstig.

3. Bedingungen für eine Identifikation mit der EU

Fragt man nach den Bedingungen der Identifikation der Bürger mit der EU, lohnt es sich zur Systematisierung einer Antwort an die erläuterten Definitionsmerkmale des Identifikationsbegriffs anzuknüpfen.

Im Hinblick auf die Wahrnehmungschancen eines umgrenzten Identifikationsobjekts ist die EU mit mehreren Nachteilen verbunden. Zum einen fehlen der EU klar geschnittene territoriale Grenzen (Lepsius 1999). Dies ist strukturell angelegt. Die EU versteht sich als Werteordnung, die prinzipiell allen Ländern offen steht, die die Bedingungen einer Mitgliedschaft erfüllen. Dies hat in der Vergangenheit eine dauerhafte Expansion der EU ermöglicht, und stellt auch die Bedingung der weiteren

Erweiterung dar, ist aber mit dem Nachteil verbunden, dass sich das Territorium nur *vorübergehend* als territorial begrenzt konstituiert. Territorial nicht dauerhaft fixierte Einstellungsobjekte erleichtern aber nicht gerade die Chance der Identifikation mit diesen Objekten. Ähnliches scheint für die inhaltliche „Füllung“ des Territoriums zu gelten. Zwar hat sich im Verlauf der Integration Europas zunehmend ein supranationales Regime mit einer Institutionenordnung entwickelt, das als Bezugspunkt der Identifikation dienen kann, die Souveränitätsdarstellung des Institutionengefüges der EU erweist sich aber als nicht sonderlich vorteilhaft für symbolische Identifikationsprozesse. Die Europäische Union ist als ein dynamisches Mehrebenenmodell beschrieben worden: Das Institutionengefüge, das letztendlich Entscheidungen herstellt, ist bei einer Pluralisierung von Steuerungsebenen nicht eindeutig bestimmbar. „Verflechtungsbeziehungen dieser Art lassen die Adressaten von Erwartungen und die Zurechnung von Verantwortung unkenntlich werden. Damit verlieren auch Identifikationsbildungen ihre Eindeutigkeit“ (Lepsius 1997: 952). Das Einstellungsobjekt EU bleibt damit letztlich konturlos und erschwert eine Identifikation. Dies hat natürlich auch Folgen für die Möglichkeit, durch Umfragen eine Identifikation mit Europa zu messen. Das Einstellungsobjekt scheint noch zu unkonturiert als dass sich an ihm klare Meinungen kristallisieren könnten (Fuchs 2003).

Ähnlich suboptimal sind die Voraussetzungen auf der Ebene der Subjekte einer Identifikation mit Europa. Die sozialstrukturelle und ökonomische Lagerung der Bürger Europas ist je nach Mitgliedsland sehr unterschiedlich; dies wird sich nach der Osterweiterung noch erheblich verschärfen, wie Martin Heidenreich in seinem Beitrag in diesem Band zeigt. Zudem ist die Unterstützungsbereitschaft zu den Prinzipien der westlichen Demokratie bei den Bürgern der neuen Mitgliedsländer der EU zwar mehrheitlich gegeben ist, der Anteil derer aber, die diesen Prinzipien skeptisch gegenüber stehen, ist nicht gering, wie Detlef Pollack in seinem Beitrag in diesem Band zeigt. Hinzu kommt eine hohe kulturelle Pluralität. Dazu gehört zuvorderst die Sprachenvielfalt, die ein fast unüberwindliches Hindernis der Ausbildung einer gemeinsamen Kommunikationsgemeinschaft darstellt. Über Sprache vermittelt funktioniert aber auch die Weltaneignung der Bürger. Insofern drückt sich in der Sprachenvielfalt auch eine kulturelle Vielfältigkeit aus. Die kulturelle Heterogenität führt zwar nicht dazu, dass sich die Bürger der *jetzigen* Mitglieder der EU

wechselseitig als Fremde wahrnehmen und auch nicht als geringerwertig interpretieren. Auf der anderen Seite fehlt es aber auch an wechselseitigen positiven Einstellungen (vgl. Fuchs, Gerhards, Roller 1993). Auch diesbezüglich werden die Chancen der Ausbildung einer Identifikation mit Europa mit der Osterweiterung und dem seit dem Gipfel von Kopenhagen nun doch anvisierten Beitritt der Türkei nicht günstiger werden, weil die Heterogenität zunehmen wird.

Bilanziert man die Überlegungen, so ergibt sich ein Befund einer sich öffnenden Schere: Die Erweiterung und Vertiefung der EU wird den Bedarf der EU nach Identifikation der Bürger mit der EU erhöhen, zugleich aber die Bedingungen zu deren Ausbildung verschlechtern.

Literatur

Fuchs, Dieter, Jürgen Gerhards und Edeltraud Roller, 1993: Wir und die Anderen. Ethnozentrismus in den zwölf Ländern der europäischen Gemeinschaft, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 45: 238-253.

Fuchs, Dieter, 2000: Demos und Nation in der Europäischen Union, S. 215-236 in Hans-Dieter Klingemann/Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. Berlin: Sigma.

Fuchs, Dieter, 2003: Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa, erscheint in Frank Brettschneider/Jan van Deth/Edeltraud Roller (Hrsg.), Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen: Leske und Budrich.

Gerhards, Jürgen, 2000: Regionale Identifikationsprozesse in der Bundesrepublik und die Einhaltung von Gruppennormen: Ergebnisse aus der Umfrageforschung, S. 115-136 in: Regina Metze/Kurt Mühler/Karl-Dieter Opp (Hrsg.), Normen und Institutionen. Ursachen und Wirkungen. Leipzig 2000.

Kielmannsegg, Peter Graf, 1996: Integration und Demokratie, S. 47-71 in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hg.), Europäische Integration. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kohli, Martin, 2002: Die Entstehung einer europäischen Identität. Konflikte und Potentiale, S. 111-134 in Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hrsg.), Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M.: Campus.

Lepsius, M. Rainer 1997: Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8: 948-955.

Lepsius, M. Rainer, 1999: Die Europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität, S. 201-222 in Reinhold Viehoff/Rien T. Segers (Hrsg.), Kultur, Identität, Europas. Über Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt: Suhrkamp.

Niethammer, Lutz, 2000, Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur. Reinbek: Rowohlt.

Scharpf, Fritz, 1998: Demokratie in der transnationalen Politik, S. 228-253 in: Ulrich Beck (Hrsg.), Politik der Globalisierung. Frankfurt: Suhrkamp.

Vobruba, Georg, 2001: Integration + Erweiterung. Wien: Passagen Verlag.